

In der Theorie mag das alles funktionieren. Und langfristig kommen wir da vielleicht irgendwann hin. Aber kurzfristig entsteht eine Schieflage. Erstens wirtschaftlich; dieser Weg ist zurzeit zu teuer. Zweitens physikalisch; noch gibt es kaum Elektrolyseure, um den überschüssigen Strom in Wasserstoff umzuwandeln. Und es gibt zu wenig Stromkunden, die ihren Verbrauch an die schwankende Stromproduktion anpassen. Das Problem des Überschussstroms ist also bereits da, und der politische Fokus macht es größer. Wir wollen dagegen unseren Kunden Flexibilitätslösungen an die Hand geben, mit denen solche Schwankungen vom Problem zur Sparchance werden.

Wer eine Solaranlage auf dem Dach hat, profitiert aber auch finanziell.
Aber fürs Stromnetz entsteht ein Risiko. Wir haben in Deutschland bald 60 Gigawatt Dach-Solaranlagen. An Feiertagen liegt die gesamte deutsche Stromnachfragelast manchmal nur bei 40 Gigawatt. An einem sonnigen Tag haben wir dann mittags 20 Gigawatt zu viel im System.

Dann rutschen die Preise in den negativen Bereich.
Genau. Jeder, der Strom abnimmt, bekommt dann dafür Geld. Zum Beispiel unsere Nachbarländer.

Was passiert, wenn Deutschland nicht allen Strom loswird?
Dann gerät die Frequenz im deutschen Stromnetz aus dem Gleichgewicht. Das ist ein Szenario, mit dem sich die Netzbetreiber in den nächsten Jahren beschäftigen müssen.

Also Blackouts zu Ostern oder Pfingsten, wenn viel Solarstrom im Netz ist, die Industrie aber wenig verbraucht?
Nein, das wäre ein unkontrollierter Zusammenbruch des Stromsystems, das werden wir verhindern. Ich halte aber als Schutzmaßnahme sogenannte Brown-outs durchaus für nicht ausgeschlossen – das sind kontrollierte, vorübergehende Lastabschaltungen einzelner Orte und Regionen, die von den Übertragungsnetzbetreibern und der Bundesnetzagentur geplant werden und auch Kunden auf Verteilnetzebene betreffen können. Es wird aber alles dafür getan, auch das zu verhindern.

Seit Jahren fordern Experten den Ausbau von Stromspeichern, um überschüssigen Solarstrom aufzufangen. Wäre das die Lösung?
Grundsätzlich ja. Allerdings kommt es auf die Umsetzung an. Dezentrale Heimspeicher, die nur für die Optimierung der Eigenversorgung genutzt werden, können zum Beispiel das Problem sogar noch verschärfen.

Wie das?
An sonnigen Tagen sind sie bereits mittags voll mit Solarstrom. Dann nutzen die Haushalte den Strom aus dem Speicher, statt den Strom aus dem Netz – ausgerechnet zu Zeiten des maximalen Solar-

Vita

Der Manager Leonhard Birnbaum ist seit 2021 Chef des Essener Energiekonzerns Eon. Zuvor war er fünf Jahre lang im Vorstand von RWE. Der 57-Jährige ist zudem seit 2022 Vorsitzender des europäischen Branchenverbands der Elektrizitätswirtschaft Eurelectric.

Das Unternehmen Eon ist Deutschlands größter Anbieter von Strom- und Gastarifen und der größte Betreiber von Strom- und Gasnetzen auf lokaler Ebene. Der Dax-Konzern hat bis April 2023 Atomkraftwerke betrieben. Die restlichen Stromerzeugungsanlagen wie Kohle- und Gaskraftwerke und erneuerbare Energien hat Eon teils in das Unternehmen Uniper ausgegliedert und teils an den Energiekonzern RWE abgegeben.

Handelsblatt ENERGIE GIPFEL 2025

Das Thema Energiewende ist eines der Schwerpunktthemen des diesjährigen Handelsblatt Energie-Gipfels, der vom 21. bis 23. Januar in Berlin stattfindet. Mehr Informationen finden Sie unter: handelsblatt-energiegipfel.de

stromüberschusses. Wir brauchen daher intelligente Heimspeicher, die solche Zusammenhänge erkennen und die Ein- und Ausspeicherung optimieren. Dafür gibt es aber aktuell zu wenig Anreize.

Aber die zuletzt starken Schwankungen auf dem Strommarkt wären solche Anreize?
Ja. Gerade deshalb dürfen die schwankenden Preise eben nicht nur Stromkunden betreffen – sondern sie müssen bei den Besitzern von Solar-, Wind- und Speicheranlagen ankommen. Sonst machen die Investoren in Erneuerbare das Problem immer größer und laden die Folgen komplett bei den Kunden ab.

In anderen Ländern schwanken die Strompreise teils noch heftiger als in Deutschland: In Großbritannien stieg der Strompreis in der zweiten Januarwoche über 2000 Euro pro Megawattstunde – doppelt so hoch wie der bisherige Strompreisrekord in Deutschland.
Das zeigt: Wir brauchen mehr Europa. Großbritannien hat mit seiner begrenzten Netzanbindung an Kontinentaleuropa einen Nachteil. Deutschland ist glücklicherweise Teil des europäischen Strommarktes und kann mehr Strom aus Nachbarländern importieren. Das dämpft die Preisspitzen.

Deutschland steht nicht nur beim Strom vor Herausforderungen, sondern auch beim Gas. Vor einigen Wochen hat der Mannheimer Gasnetzbetreiber MVV angekündigt, ab 2035 sein Gasnetz stillzulegen. Pech für diejenigen, die gerade noch eine neue Gasheizung eingebaut haben. Eon ist Deutschlands größter Gasnetzbetreiber. Planen Sie Ähnliches?
Schauen wir mal genauer hin. Denn dies ist von Stadt zu Stadt sehr individuell: Mannheim hat nach meinem Wissen ein starkes Fernwärmenetz. Dann ist es sinnvoll, wenn viele Menschen von Gasheizungen auf Fernwärme umsteigen. In anderen Städten ist die Lage anders.

Aber auch Sie müssen sich jetzt mit diesem Thema auseinandersetzen. Wenn Deutschland an seinen Klimazielen und steigenden CO₂-Preisen festhält, wird fossiles Gas irgendwann unbezahlbar. Und dann werden große Teile Ihres Gasnetzes wertlos.

In Neubaugebieten bauen wir kein neues Gasnetz mehr. Das Gasnetz ist ein schrumpfendes Geschäft, und für die Gasnetzbetreiber gibt es auch regulatorisch dafür seit Anfang dieses Jahres eine Lösung. Das Stromnetzgeschäft hingegen wächst jedes Jahr um zehn Prozent. Die Zukunft ist ganz klar elektrisch. Da gibt es überhaupt keinen Zweifel. Aber der genaue Übergang muss von Fall zu Fall gestaltet werden.

Das heißt, Sie planen nicht, einen Großteil Ihres Gasnetzes für Wasserstoff zu erhalten?
Wasserstoff könnte vor allem für die Industrie wichtig werden, auch wenn wir noch keine großen Abnahmeverträge sehen. Unsere Annahme ist: Das Gasverteilnetz wird erheblich schrumpfen.

Noch ist Gas aber auch für Sie und Ihre Kunden unverzichtbar. Und 13,5 Prozent des deutschen Erdgases kommen derzeit aus den USA. Es gibt nun Warnungen, dass der neue US-Präsident Donald Trump Deutschland mit dieser Abhängigkeit erpressen könnte. Ist die Sorge berechtigt?
Donald Trump hat in der Tat im Wahlkampf eine Tendenz zu einer aggressiveren Handelspolitik erkennen lassen. Das ist grundsätzlich ein besorgniserregender Umgang. Aber beim Thema Gas mache ich mir weniger Sorgen. Schließlich wollen die Republikaner ihre Flüssigerdgas-Exporte ausweiten – nicht verringern. Und sie wollen Beschränkungen durch Präsident Joe Biden zum Bau von Exportterminals zurücknehmen.

Deutschland wird für die Energiewende vorerst stark auf Gas angewiesen sein, um mit Gaskraftwerken verlässlich Strom zu produzieren. Haben Sie Sorge, dass die deutsche

Wettbewerbsfähigkeit unter hohen Energiepreisen leidet?
Deutschlands wirtschaftliche Probleme sind keine alleinige Folge der Energiewende. Ja, Strom kommt nicht mehr einfach nur billig aus der Steckdose. Aber rechnerisch geben alle Stromkunden in Deutschland zusammen etwa 100 Milliarden Euro im Jahr aus. Setzen Sie das mal ins Verhältnis zu den 77 Milliarden Euro, die Arbeitgeber jährlich für Gehälter krankgeschriebener Mitarbeiter ausgeben.

Was folgt daraus: Eine Forderung nach sinkenden Sozialbeiträgen?
Die Kosten für Krankenversicherung, Rente und Pflege sind dabei, aus dem Ruder zu laufen. Das wird noch herausfordernder, denn die Babyboomer gehen erst in Rente und danach möglicherweise in die Pflege. Die Politik muss zügig gegensteuern.

Was schlagen Sie vor?
Es gibt berufenere Köpfe, um Vorschläge zur Sozialpolitik zu machen, als mich. Eine Reihe von Vorschlägen liegt auf dem Tisch. Die muss man sich genau ansehen. Einen Beliebtheitspreis wird man mit dem Thema nicht gewinnen können.

Zum Beispiel?
Wir müssen über eine Ausweitung der Lebensarbeitszeiten sprechen. Die Rente mit 63 war aus meiner Sicht ein klarer Fehler. Eon ist ein europäisches Unternehmen, und wir sehen im Quervergleich: Ein italienischer Ingenieur ist pro Jahr durchschnittlich 150 Stunden mehr produktiv tätig als ein deutscher. Er arbeitet mehr, hat weniger Urlaub, verdient weniger und ist weniger krank.

Manche Vorstöße zum Schutz von Arbeitnehmern gibt es allerdings EU-weit. Zum Beispiel das Arbeitszeiterfassungsgesetz.
Ich halte die ganze Diskussion für überflüssig und nicht zeitgemäß. Wie soll ich denn die Arbeitszeit meiner Beschäftigten im Homeoffice oder draußen im Netz kontrollieren? Ich will gar nicht kontrollieren. Wir haben bei Eon seit 20 Jahren gute Erfahrungen mit Vertrauensarbeitszeit. Dieses Gesetz stammt aus der Gedankenwelt des 19. Jahrhunderts und geht völlig an der Realität vorbei.

Unter Donald Trump entsteht in den USA nun ein „Department for Government Efficiency“, um Bürokratie abzubauen. Ist das ein Vorbild für Deutschland?
Das Vorgehen wohl nein, die Idee ja. Wir brauchen einfach eine Fokussierung darauf, was wirklich wichtig ist. Wir schlagen uns mit Berichtspflichten herum, deren Wert wirklich fraglich ist. Zum Beispiel müssen wir durch das Lieferkettensorgfaltspflichtengesetz jetzt all unsere Kunden und Lieferanten genau überprüfen. Und die uns auch. Wir schicken uns fröhlich gegenseitig Fragen. Stattdessen könnte man ja auch einfach sagen: In Europa hat sich jeder an die Gesetze zu halten.

Wie erreichen wir solch eine Fokussierung?
Weniger Bürokratie gibt es nur mit weniger Bürokraten.

Birgt diese Aussage nicht die Gefahr, dass unliebsame, aber wichtige Institutionen bekämpft werden? Es gab kürzlich in Deutschland die Forderung, zugunsten des Bürokratie-Abbaus das Umweltbundesamt abzuschaffen. Dieses Amt ermittelt unter anderem den Fortschritt beim Erreichen der Klimaziele.
Es geht mir nicht um die Berechtigung einzelner Institutionen, sondern um die Komplexität, die sie erschaffen, wenn sie einen immer größeren Verwaltungsapparat aufbauen. Die Zahl der Planstellen für Beamte in der Ministerialbürokratie des Bundes ist seit 2013 um 47 Prozent gestiegen. Wenn wir weniger Bürokratie wollen, brauchen wir einen Einstellungsstopp beim Bund.

Herr Birnbaum, vielen Dank für das Interview.

Die Fragen stellten Catiana Krapp und Sebastian Matthes.



picture alliance